

Niederschrift

JHA/020/2023

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 16.11.2023

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dieter Führer	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
--------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzende
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Frau Antonia Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Max Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Frau Petra Fettich		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Herr Winfried Hülsbusch		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

beratende Mitglieder:

Herr Christian Evers	BfR	Sachkundiger Bürger
----------------------	-----	---------------------

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Andrea Bischoff	Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat
Frau Mona Gedicke	Interessensvertreterin Jugendteam
Frau Nina Jansen	Sachkundige Einwohnerin f. Beirat f. Menschen mit Behinderung
Herr Vincenzo Pirone	Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat (bis 17:50 Uhr - TOP 6)
Frau Claudia Raneberg	Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche
Frau Cosima Rottmann	Jugendamtselternbeirat
Frau Sabine Schillack	Ausschussmitglied f. Schulen

Vertreter:

Herr Dr. Christian Gravinghoff	FDP	Vertretung für Herrn André Heeke
--------------------------------	-----	----------------------------------

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Frau Stefanie Althaus	Verfahrenslotsin (TOP 5)
Herr Stefan Jüttner-von der Gathen	Stabstelle Dezernat II
Frau Katja Käschner	PV Kindergärten und Kindertagespflege
Frau Diana Möllers	PV Kinder- und Jugendarbeit und Spiel- und Freizeitanlagen
Herr David Röwer	PV Koordinierung Kinderschutz, ehrenamtliche Vormundschaften, Verfahrenslotsen (TOP 5)
Frau Annette Wiggers	Jugendamtsleiterin
Frau Andrea Atrott	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr André Heeke	FDP	Sachkundiger Bürger
------------------	-----	---------------------

Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände

beratende Mitglieder:

Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Carla Zachey		AG 78

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Domenico Bellinvia		Ausschussmitglied f. Katholische Kirche
Frau Andrea Gehring		Ausschussmitglied f. Arbeitsverwaltung
Herr Stefan Heskamp		Ausschussmitglied f. Polizei
Herr Jörg Langhans		Ausschussmitglied f. Richter

Herr Fühner eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt die Verpflichtung von Frau Cosima Rottmann als Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

Herr Gausmann bittet, den Tagesordnungspunkt 7 von der Tagesordnung zu nehmen, da sich noch Klärungsbedarf ergeben habe. Die Vorlage stehe nicht mehr im Netz zur Verfügung. Herr Fühner erklärt sich für befangen und Frau Leskow übernimmt den Vorsitz. Die Ausschussmitglieder stimmen der Absetzung des Tagesordnungspunktes einstimmig zu. Herr Fühner übernimmt den Vorsitz.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. JHA/019/2023 über die öffentliche Sitzung am 7. September 2023

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann informiert, dass umfassende Informationen zur Verfügung gestellt worden seien. Darüber hinaus habe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag (**Anlage 1**) gestellt, auf die 10 %-ige Erhöhung der Kita-Beiträge zu verzichten und stattdessen maximal um 4 % zu erhöhen. Der Antrag werde im Rahmen der Haushaltsplanberatungen im Januar 2024 beraten.

Weiter führt er aus, dass im Jugendamtselternbeirat Frau Cosima Rottmann als Vorsitzende und Frau Sabrina Pasterniak als stellvertretende Vorsitzende gewählt worden seien.

Frau Möllers gibt als Korrektur zu den eingestellten Informationen bekannt, dass das Stadtteilforum Elte nicht am Samstag, dem 2. November 2023, stattgefunden habe, sondern am Samstag, dem 2. Dezember 2023 stattfinden werde.

Herr Gausmann antwortet auf die Frage von Herrn Hewing, dass das Sondergeld den Kommunen automatisch zugewiesen werde und kein Mittelabruf dafür erforderlich sei. Die rund 100 Mio. Euro würden nach dem Verteilungsmechanismus aufgrund der Kita- und KiBiz-Pauschalen ausgezahlt werden. Die Kitas bräuchten jedoch nach den Aussagen der Träger landesweit 500 Mio. Euro, um das gesamt Kita-Jahr, 1. August 2023 bis 31. Juli 2024, mit den Personalkosten-erhöhungen vom 1. März 2023 abbilden zu können.

Herr Fühner erläutert, dass im Januar immer die Trägergespräche für das darauffolgende Kita-Jahr stattfinden würden. Er bittet die Verwaltung, in der Jugendhilfeausschusssitzung im Januar 2024 über den aktuellen Sachstand zu berichten, um diese Informationen in die Trägergespräche einfließen lassen zu können.

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

4. Informationen aus dem Familienbeirat

Frau Bischoff informiert, dass die letzte Sitzung des Familienbeirates leider ausgefallen sei.

Über die Stadtverwaltung, Frau Käschner, sei der Brief bezüglich der „Gelben Füße“ an die Kitas weitergeleitet worden. Erste Interessensankündigungen seien schon eingegangen.

Im Dezember 2023 werde der/die zweite Vorsitzende des Familienbeirates neu gewählt, da Herr Bögge den zweiten Vorsitz abgeben werde.

5. Vorstellung der neuen Stelle der Verfahrenslotsen nach §10b SGB VIII. Ein Beratungsangebot für Kinder und Jugendliche mit (drohender) Behinderung Vorlage: 433/23

Herr Gausmann führt aus, dass die Tätigkeit von Verfahrenslotsen ab dem 1. Januar 2024 zu einer Pflichtleistung des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe werde. Zur Vorbereitung sei schon zum Haushalt 2023 eine halbe Stelle im Rahmen der Verfahrenslotsen zur Verfügung gestellt und mit Frau Althaus besetzt worden.

Frau Althaus (Verfahrenslotsin) und Herr Röwer (Produktverantwortlicher) stellen die Tätigkeiten eines Verfahrenslotsen/einer Verfahrenslotsin vor (**siehe Anlage 2**).

Frau Richter regt an, dass bei der Kooperation an die Träger mit hauptamtlich getragener Jugendarbeit und den offenen Häusern gedacht werden solle, die nicht explizit, aber immer wieder, mit Menschen mit Behinderung zu tun haben. Im Alltag von Treffs und bei Ferienaktionen seien die Fachkräfte vor Ort wichtig.

Frau Egelkamp führt aus, dass andere Kommunen die Stelle wegen der Unabhängigkeit nicht im Bereich der Sozialen Dienste angedockt hätten, sondern z. B. in der Jugendsozialarbeit oder anderen Abteilungen bzw. Produktgruppen des Sozialamtes und SGB XII. Sie fragt, warum Rheine sie dort angesiedelt habe.

Herr Gausmann antwortet, dass es im Gesetz mit „örtlicher Träger der Jugendhilfe“ definiert würde und somit das Organisationserfordernis erfüllt werde. Das Jugendamt der Stadt Rheine bestehe mittlerweile aus drei Bereichen der Sozialen Dienste und die Stelle sei mit keiner Einzelfallzuständigkeit verbunden. Herr Röwer als Produktverantwortlicher kümmere sich insbesondere um Kooperation, Netzwerke und Strukturen.

Auf die Frage von Frau Overesch antwortet Herr Röwer, dass Frau Althaus auch Hinweise von z. B. einer Schulleitung entgegennehmen werde, jedoch die Aufsuchende Arbeit für Familien eine freiwillige Leistung sei. Erstmals sei geplant, dass die Aufsuchende Arbeit bekannt gemacht werde. Dazu würden sie Flyer verteilen und in die Schulen und Kitas gehen.

Auf die Frage von Herrn Hülsbusch antwortet Herr Gausmann, dass Frau Althaus einer großen Organisationseinheit angehöre und ein eigenes Budget, z. B. für Fortbildungen, nicht erforderlich sei. Es gebe andere Stellen mit Netzwerkarbeit, wie z. B. in den Frühen Hilfen oder Kinderstark, wo das budgettechnisch abgebildet werden könne.

Auf die Frage von Herrn Fühner antwortet Herr Gausmann, dass es derzeit keine Stellenbemessungsunterlagen geben würde. Da eine beratende Kompetenz notwendig sei, halte er Sozialarbeit/Sozialpädagogik als geeignete Profession. Es gebe eine halbjährliche Berichtspflicht und die Verwaltung werde sich die Qualität anschauen, auch was die Profession und Lotsenfunktion betreffe und wie umfangreich sich der beratende Anteil darstellen werde. Die Stelle gehe zu Lasten der Stadt Rheine. Dies sei nach dem Kinder- und Jugendschutzgesetz so und das Konnexitätsprinzip gelte auf Bundesebene nicht.

Auf die Frage von Herrn Pirone antwortet Frau Althaus, dass sie den Kontakt zu den Beratungsbüros der Migration und Integration gesucht habe, damit die dort ankommenden Menschen, die der deutschen Sprache nicht mächtig seien, erführen, dass es noch jemand anderen mit einer gewissen Fachkompetenz in diesem Bereich gebe. Bei den Case Managern im Projekt KIM, wo die komplexen Fälle beim Caritasverband e. V. und Lernen fördern e. V. auflaufen würden, habe sie im Dezember 2023 einen Termin. Über den Sprachmittler-Pool stünden Dolmetscher zur Verfügung.

Herr Röwer fügt hinzu, dass die Informationen auf der Webseite und in den Flyern demnächst in leichter Sprache zur Verfügung stehen würden.

Herr Jüttner-von der Gathen erklärt, dass sich die Unabhängigkeit der Verfahrenslotsin im Wesentlichen auf die Beratung der Einzelfälle beziehe.

Herr Fühner weist darauf hin, dass es nicht nur um die Eingliederungshilfe, sondern auch um die Zusammenführung von Eingliederungs- und Jugendhilfe gehe. Im Rahmen des Kinder- und Jugendstärkungsgesetz werde von der großen Lösung zum 1. Januar 2028 gesprochen. Es ginge somit nicht nur um die bis dahin befristete Stelle der Verfahrenslotsin, sondern darum, dass alle Träger der sozialen Arbeit sich mit ihren unterschiedlichen Arbeitsfeldern auf den gleichen Weg und viele Hausaufgaben gemeinsam werden machen müssen. Er teile die Zweifel von Herrn Gausmann, dass die Zusammenführung bis Mitte 2028 gelingen werde. Er habe den Wunsch, dass es neben dem Tätigkeitsbericht der Verfahrenslotsin einmal jährlich um diese Jahreszeit wegen der Entwicklung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes und der Zusammenführung von Eingliederungs- und Jugendhilfe eine Berichterstattung zur Beratung erfolge.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorstellung des Arbeitsbereiches der Stelle der Verfahrensleitsin nach § 10 b SGB VIII zur Kenntnis.

**6. Prozessqualifizierungsprojekt Fallanalysen und Fallmanagement der ambulanten und stationären Erziehungshilfen im Jugendamt Rheine
Vorlage: 452/23**

Zu Beginn der Sitzung hat Herr Fühner mitgeteilt, dass Herr Horst Tippelt (Dialogicon) aufgrund von Zugausfällen nicht für die Vorstellung des Projektes habe kommen können.

Herr Gausmann bietet an, dass Herr Tippelt entweder im Januar 2024 das Projekt oder nach dem Prozessende die Kernaussagen und Optimierungsbereiche vorstellen könne.

Herr Jüttner-von der Gathen hat von der ursprünglich von Herrn Tippelt geplanten Präsentation eine grobe Zusammenfassung erstellt und trägt diese vor (**Anlage 3**).

Herr Hewing gibt an, dass nach seinem Kenntnisstand der Allgemeine Soziale Dienst der Stadt Rheine personell gut besetzt sei. Da er damals seine Besorgnis dazu vorgetragen habe, wolle er die positive Entwicklung erwähnen.

Herr Jüttner-von der Gathen beantwortet einige Fragen. Unter anderem erklärt er, dass die Verwaltung sich ursprünglich mit ihrer Leistungsbeschreibung, eine reine externe Analyse haben zu wollen, auf die Suche gemacht habe. Das Angebot des Institutes Dialogicon, neben der Analyse gleichzeitig die Fachkenntnisse der Fachkräfte in die Prozesse mit einzubeziehen, habe ihn überzeugt. Dadurch werde die Analysekompetenz der Mitarbeitenden, dessen Implementierung als letztes Ziel geplant gewesen sei, bereits angestoßen.

Auf die Frage von Hewing, nach welchen Kriterien die Fälle analysiert würden, antwortet Herr Gausmann, dass es um Schlüsselprozesse gehen würde, die die Verwaltung mit leitenden Fragen dauerhaft installieren werde, wie z. B.:

- Wann ist ein Fall ein Fall?
- Wie komme ich in welche Hilfeart oder wie verändere ich diese?
- Wie lange dauern Hilfen in den unterschiedlichen Formen an? Gibt es dauerhafte Hilfen, die von Generation zu Generation weitergegeben werden?

Die Verwaltung wolle nicht nur Hilfe geben, sondern eine Hilfe, die zielführend sei.

Herr Fühner nimmt den von Herrn Gausmann gemachten Vorschlag auf, Herrn Tippelt oder eine andere Person vom Institut Dialogicon zum Ende des Prozesses einzuladen. Dazu gibt es keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung sowie die Informationen des Instituts Dialogicon zur Beauftragung und zur methodischen Umsetzung eines Projektes zur Prozessqualifizierung „Fallanalyse und Fallmanagement der ambulanten und stationären Erziehungshilfen“ zur Kenntnis.

**7. Vertragliche Regelung zur Gewährleistung der Fachberatung in der Kindertagespflege durch den Caritasverband Rheine e. V.
Vorlage: 454/23**

Dieser Tagesordnungspunkt ist zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung genommen worden.

**8. Abrechnung der Ausstattungskostenzuschüsse für die Kitas educare Lebenswelten und educare Unterm Limonadenbaum
Vorlage: 363/23**

Frau Leskow kommentiert, dass sich die SPD-Fraktion über die Differenzen bei den zwei etwa gleichwertigen Einrichtungen gewundert habe.

Herr Gausmann erwidert, dass dies mit den Ausschreibungsergebnissen zusammenhängen würde, weil sich z. B. andere Ausstattungsfirmen auf das Mobiliar bewerben würden.

Herr Fühner fügt als Stichwort die Preisentwicklung hinzu.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, auf die mögliche Rückforderung kommunaler Mittel von bis zu 4.090 € aus dem Verwendungsnachweis der Investitionsmaßnahme „Ausstattungskosten für die Kita educare Unterm Limonadenbaum“ zu verzichten. Der Überschuss steht dem Träger somit zur Verfügung, um die erheblichen Mehrkosten der Investitionsmaßnahme „Ausstattungskosten für die Kita Lebenswelten“ zu finanzieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Qualitätsdialog mit den Kindertageseinrichtungen - hier 4. Zyklus
Vorlage: 394/23**

Frau Wiggers berichtet, dass sich entsprechend der in der Vorlage angegebenen Priorisierung der Arbeitsaufträge durch die Arbeitsgemeinschaft nach § 78 sich die Arbeitsgruppe am 26. Oktober 2023 zum ersten Mal getroffen und sich den Namen „Kita leben“ gegeben habe. Das nächste Treffen werde am 4. Dezember 2023 stattfinden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt zur Kenntnis, welches Thema die AG 78 „Kindertageseinrichtungen in Rheine“ für den 4. Qualitätsdialog mit den Kitas ausgewählt hat.

**10. Lern- und Lebensraum Schule
Vorlage: 400/23**

Herr Gausmann berichtet, dass der Schulausschuss vorgestern getagt habe und dem Beschlussvorschlag einstimmig gefolgt sei. Für die Umsetzung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung von Kindern im Grundschulalter halte er die Nutzung von multifunktionalen Schulräumlichkeiten für richtig und zusätzliche Räumlichkeiten zu bauen für ausgeschlossen. Im Rahmen der Grundschuloffensive 2020 seien für schulische und außerschulische Aktivitäten viele Räumlichkeiten in fast allen Schulen zur Verfügung gestellt worden und somit sei die Grundvoraussetzung geschaffen worden. Eine qualitative Raumausgestaltung sei wichtig.

Die Stadt Rheine plane, die mit den Trägern der Jugendarbeit abgebildeten Prozesse für den Offenen Ganzttag auch zum 1. August 2026 im Rahmen des Rechtsanspruches zur Verfügung zu stellen, wobei noch Ausstattungsproblematiken zu klären seien. Die Stadt Rheine wolle in einem Qualitätsentwicklungsprozess einsteigen, um den Rechtsanspruch ab 2026 abbilden zu können. Die benötigten personellen Ressourcen seien im Haushaltsplan derzeit nicht abgebildet. Dennoch sei im Dezernat II über eine Stellenverschiebung und eine Leistungseinschränkung mit dem Qualitätsdialog begonnen worden. Er werde der Politik zu den Haushalts- und Stellenplanberatungen 2024 einen Vorschlag dazu unterbreiten. Heute gehe es darum, den Prozess zu befürworten.

Frau Overesch äußert, dass die CDU-Fraktion es ebenfalls als alternativlos ansehe, da keine zusätzlichen Räume zur Verfügung stünden. Einige Schulen in Rheine würden vormachen, dass es mit Differenzierungsmöglichkeiten und stimmigen Mobiliar funktionieren würde. Die CDU-Fraktion halte die vorgestellte Qualitätsentwicklung und den Prozess für gut.

Herr Hewing äußert, dass sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Gesagten anschließen. Wichtig sei, dass auch an die Schulhöfe gedacht werde, da Kinder viel Fläche zum Spielen, ohne Beton, haben sollten.

Herr Richter schließt sich dem Gesagten an und äußert, dass er es auch wegen der durchschlagenden Fachkräfteproblematik für sinnvoll halte, jetzt vorzugreifen.

Herr Fühner betont, dass der Fach- und Arbeitskräftemangel ein generelles Thema sei. Er Sorge sich, ob die Umsetzung des OGS-Anspruches in der entsprechenden Qualität entwickelt und realisiert werden könne, wie es der Gesetzgeber vorsehen würde.

Herr Gausmann äußert zum Konnexitätsprinzip, dass die Stadt Rheine für das zur Verfügung stellen von Räumlichkeiten und Materialien 2,6 Mio. Euro erhalte, aber alleine die OGS-Fertigstellung der Canisiusschule koste der Stadt Rheine 10 Mio. Euro.

Herr Fühner fügt hinzu, dass es zu der personellen Infrastruktur gehöre den Qualitätsentwicklungsprozess auch fachlich begleiten zu können, gleichwohl am heutigen Tage eine Entscheidung bezüglich des notwendigen Personals nicht getroffen werde.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt das Element der multifunktionalen Raumnutzung von Schulräumen zur Abbildung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, im Rahmen des beschlossenen Musterraumprogramms ein Konzept „Schulbetreuung im Primarbereich“ zu entwickeln.
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für die Qualitätsentwicklung in Form eines Qualitätsdialoges in Bezug auf Betreuungsangebote zu entwickeln, zu initiieren und im Rahmen des beschriebenen Qualitätsentwicklungsprozesses zur Weiterentwicklung der Offenen Ganzttagsschule zu begleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. „Ferienpass für alle“ für das Jahr 2024 Vorlage: 431/23

Frau Richter gibt an, dass sie das Vorhaben befürworte.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, Sponsoren für eine Finanzierung des kostenlosen „Ferienpasses für Alle“ im Sommer 2024 zu akquirieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Familienpass Rheine - Ergebnisse der politischen Arbeitsgruppe aus 2023
Vorlage: 434/23**

Auf die Frage von Herrn Beckmann antwortet Herr Jüttner-von der Gathen, dass über das Thema Einkommensgrenzen in der Arbeitsgruppe debattiert worden sei und er sich in anderen Kommunen über deren Vorgehen erkundigt habe. Wegen des organisatorischen Aufwandes habe sich die Verwaltung davon verabschiedet.

Frau Overesch bittet, dass neben dem digitalen Zugang auch an analoge Möglichkeiten gedacht werde, damit nicht so digital fitte Menschen den Familienpass bekommen könnten.

Herr Jüttner-von der Gathen antwortet, dass das mit bedacht werde.

Herr Fühner äußert, dass die, die nicht digital unterwegs seien, in der Regel auch die einkommensschwächeren Menschen seien und am meisten die Unterstützung, auch durch einen Familienpass, benötigen würden. Ihm sei es wichtig, auch wenn es nicht viele seien, den analogen Zugang des Familienpasses in den nächsten Jahren sicherzustellen.

Frau Leskow bittet, dass bei den nicht digitalen Varianten auf eventuelle Angebotserweiterungen hingewiesen werden solle, die auf der Homepage abgerufen werden könnten.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Arbeitsergebnisse der politischen Arbeitsgruppe zum Familienpass der Stadt Rheine zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung mit der weiteren und der technischen Umsetzung des Familienpasses Rheines.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Teiljahresabschlussbericht 2022, SB 2 – Jugendamt, PG 21
Vorlage: 418/23**

Auf Wunsch von Frau Overesch erklärt Herr Gausmann, dass durch zwei Produkte Ergebnisveränderungen in nicht unerheblicher Form produziert worden seien. Bei dem Bereich der Hilfen zur Erziehung seien zusätzlich ungefähr 3,5 Mio. Euro ausgegeben worden, davon 1,6 Mio. Euro für isoliert auszuweisende coronabedingte Belastungen. Bei den Kindertageseinrichtungen, dem zweiten Bereich, seien weniger Einnahmen entstanden, da sich die Stadt Rheine insbesondere während der coronabedingten Einschränkungen an die Kosten der betroffenen Eltern beteiligt habe. Im gleichen Atemzug habe es Coronahilfen für die Kitas gegeben, so dass insgesamt eine Verminderung des Eigenkapitals von 2,8 Mio. Euro entstanden sei. Im Investitionsplan stehe eine Verbesserung von 1,5 Mio. Euro, jedoch habe die Verwaltung noch nicht alle Investitionen für Kita-Neubauten abbilden können.

Frau Overesch kommentiert, dass die von Herrn Gausmann vorgetragene Zusammenfassung über die unterjährigen Veränderungen zeigen würde, wie schwierig Budgets zu erstellen seien.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Teiljahresabschlussbericht 2022 für den Sonderbereich 2 – Produktgruppe 21, Jugendamt – zur Kenntnis.

**14. Berichtswesen zum Stichtag 31.10.2023, SB 2 – Jugendamt, PG 21
Vorlage: 419/23**

Herr Gausmann berichtet, dass die Verwaltung sich für die Erstellung der Vorlage aufgrund der vielen Bewegungen nicht in der Lage gesehen habe, eine Prognose für die Hilfen zur Erziehung abzugeben. Wöchentlich erhalte die Stadt Rheine geänderte Zuweisungszahlen für unbegleitete minderjährige Kinder. Durch die zusätzlichen Belastungen der Kinder und Jugendlichen aufgrund der Corona-Krise und den Krisen in der Ukraine und im Gaza-Streifen seien die Anfragen und Anforderungen an die Allgemeinen Sozialen Dienste gestiegen. Er hofft, dass die Verwaltung die Zahlen im Januar 2024 für die Haushaltsplanberatungen prognostizieren könne.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 2 – Produktgruppe 21, Jugendamt – mit dem Stand der Daten zum 31. Oktober 2023 zur Kenntnis.

15. Anfragen und Anregungen

Es gibt weder Anfragen noch Anregungen.

Ende des öffentlichen Teils: 18:30 Uhr

Dieter Fühner
Ausschussvorsitzender

Andrea Atrott
Schriftführerin